

# Jeffrey Sachs: Deutschland führt Europa in den Dritten Weltkrieg

Prof. Jeffrey Sachs spricht über seinen offenen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz, AUFGEZEICHNET AM 31. MAI 2026. Jeffrey Sachs: Ein offener Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz: <https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/sj32jtl6876pd8aaeb23y7pzxbyrrp> YouTube-Kanal von Jeffrey Sachs: <https://www.youtube.com/@JeffreyDSachsOfficial> Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glennDiesen.substack.com/> X/Twitter: [https://x.com/Glenn\\_Diesen](https://x.com/Glenn_Diesen) Patreon: <https://www.patreon.com/glennDiesen> Unterstützen Sie die Forschung von Prof. Glenn Diesen: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/glennDiesen> Buy me a Coffee: [buymeacoffee.com/gdieseng](http://buymeacoffee.com/gdieseng) Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f> Bücher von Prof. Glenn Diesen: <https://www.amazon.com/stores/author/B09FPQ4MDL>

## #Glenn

Willkommen zurück in der Sendung. Heute ist wieder Professor Jeffrey Sachs bei uns, um über einen offenen Brief an den deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz zu sprechen. Sie haben vor sechs Monaten einen Brief geschrieben, in dem Sie den Kanzler aufgefordert haben, wieder diplomatisch aktiv zu werden – oder überhaupt wieder Diplomatie zu betreiben – nachdem es nun fast vier Jahre lang kaum Kontakt zu Russland gegeben hat. Und jetzt haben Sie erneut einen offenen Brief an den Bundeskanzler verfasst, der in den deutschen Medien wiederveröffentlicht wurde. Meine erste Frage wäre: Warum haben Sie einen zweiten Brief geschrieben? Was hat sich Ihrer Meinung nach im Stellvertreterkrieg in der Ukraine verändert?

## #Jeffrey

Also, um es einfach zu sagen: Die Lage ist jetzt schlechter als noch vor sechs Monaten. Das war der Grund für den Brief. Als ich den ersten offenen Brief geschrieben habe, das war im Dezember zweitausendfünfundzwanzig, war die Situation ziemlich düster. Es gab Kriegsrhetorik und Eskalation, und ich habe damals geschrieben, dass Deutschland in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung trägt – als das mächtigste Land Europas, das bevölkerungsreichste Land Europas, und ein Land mit einer großen historischen Verantwortung in Bezug auf die Themen, mit denen wir gerade konfrontiert sind. Und im Januar zweitausendsechszwanzig, also nur ein paar Wochen nach der Veröffentlichung des Briefes, habe ich erste Anzeichen von Hoffnung gesehen. Bundeskanzler Merz hat damals ein paar Reden gehalten, in denen er, etwas überraschend, ganz offen gesagt hat: Russland gehört zu Europa. Wir werden nach diesem Krieg mit Russland zusammenleben müssen. Wir müssen mit Russland sprechen.

Er und Präsident Macron, zusammen mit einigen anderen europäischen Staats- und Regierungschefs, begannen schon im Januar darüber zu sprechen, dass es wohl eine neue Form der Diplomatie brauche. Und Europa hat dann, auf ziemlich unbeholfene Weise, öffentlich angefangen zu suchen, wer wohl als diplomatischer Gesandter infrage kommen könnte. Übrigens ist es ziemlich traurig und auch merkwürdig, dass die Person, die für diesen Posten vorgesehen ist – Kaja Kallas – von beiden Seiten als ungeeignet angesehen wird. Der Grund ist, dass sie eine bekennende Russophobin ist. Und jeden Tag kommen hasserfüllte, antirussische Äußerungen aus ihrem Mund. Damit ist es für sie eigentlich unmöglich, ihre Aufgabe zu erfüllen – nämlich Europas oberste Diplomatin zu sein.

Also, nach dem Januar – und trotz dieser ziemlich bizarren Situation, in der öffentlich darüber spekuliert wurde, wer unser Gesandter sein könnte – ob es die ehemalige Kanzlerin Merkel sein sollte, oder der frühere Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, oder Ex-Kanzler Schröder – muss ich sagen, das war ein ziemlich merkwürdiger Prozess. Herausgekommen ist dabei nichts. Aber was in den letzten Wochen passiert ist, und besonders in den letzten paar Wochen in einem wirklich erschreckenden Ausmaß, ist eine Eskalation der Rhetorik und der ukrainische Angriff auf die Mädchenschule in Starobilsk, bei dem viele junge Schülerinnen ums Leben kamen. Und Europa hat sich dafür nicht nur nicht entschuldigt oder erklärt, warum eine Rakete in die falsche Richtung geflogen ist, sondern reagiert mit Verleugnung oder Schweigen auf dieses schreckliche Ereignis.

Als Reaktion darauf hat Russland über Außenminister Lawrow, in einem Telefonat mit dem US-Außenminister Antony Blinken, erklärt, dass Russland die Hauptstadt Kiew angreifen werde. Es werde die Kommandozentren und die Bereiche der Einsatzsteuerung in Kiew ins Visier nehmen. Minister Lawrow riet den westlichen Diplomaten, vorsichtig zu sein, sich in Sicherheit zu bringen und das Gebiet zu räumen. Dieser Angriff ist bisher nicht erfolgt, trotz der Warnungen. Aber ich denke, wir müssen damit rechnen, dass er kommt. Das sind beunruhigende Tage, und die Reaktionen in Europa waren zunehmend scharf in der Rhetorik und keineswegs entschuldigend für die Katastrophen, die eindeutig eingetreten sind.

Es gibt viele rätselhafte Drohnenvorfälle im Luftraum über dem Baltikum, und auch in Rumänien, nahe der Grenze zur Ukraine, ist eine Drohne eingeschlagen. Diese Ereignisse sind umstritten, ungeklärt, aber sie schüren Spannungen und das Gefühl einer möglichen Eskalation. Die Rhetorik aus den baltischen Staaten, vielleicht Kaliningrad anzugreifen oder als Basis für Drohnenoperationen in Nordwestrussland zu dienen, ist einfach schockierend. Nichts davon ist das Verhalten, das wir uns in einem nuklearen Zeitalter leisten können. All das ist unglaublich verantwortungslos, unglaublich gleichgültig gegenüber deinem und meinem Leben – und dem Leben aller anderen auf diesem Planeten. Es ist wirklich erschütternd. Ich sehe die Hauptverantwortung bei Europa. Es hat nicht das geringste Interesse, nicht die geringste Fähigkeit gezeigt, sich auf irgendeine Form von Diplomatie einzulassen – außer sich zu beklagen, wenn die USA und Russland miteinander sprechen.

Warum sind wir da nicht aktiv? Als ob eine Union mit vierhundertfünfzig Millionen Menschen es nicht hinbekäme, jemanden zu finden, der mit einem Gesprächspartner in Russland reden kann. Also, Glenn, ich habe den Brief geschrieben, weil die Lage jetzt wirklich beunruhigend ist – nicht, weil ich große Hoffnungen hätte, dass man auf mich hört, sondern weil die Situation einfach alarmierend ist. Und um den Punkt des Briefes noch einmal zu betonen: Es geht mir darin nicht nur darum, dass Diplomatie der richtige Weg ist, sondern auch darum, dass Deutschland eine besondere Verantwortung trägt. Und bevor jemand voreilige Schlüsse zieht – ich spreche von der Verantwortung ab neunzehnhundertneunzig. Ich will das klarstellen: Es geht mir um die konkreten Ereignisse, die sich gerade in der Ukraine abspielen.

Und ich weiß aus erster Hand – und auch auf viele andere Arten –, dass Deutschland bei der Wiedervereinigung in grundlegender Weise betrogen hat. Denn die Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung im Jahr neunzehnhundertneunzig, die die Zustimmung der Sowjetunion und der anderen Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg erforderten, sahen vor, dass Deutschland und der Westen insgesamt keinen militärischen Vorteil aus der Wiedervereinigung ziehen würden, indem sie ihre Streitkräfte nach Osten, also nach Mittel- und Osteuropa, verlagern. Schon gar nicht in Richtung Ukraine oder in den Südkaukasus, nach Georgien – ein weiteres Ziel dieses völlig verantwortungslosen Bündnisses namens NATO. Und sie haben betrogen. Deshalb trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, weil damals feierliche Zusagen gemacht wurden, die zu Deutschlands Vorteil waren. Versprechen, die im Februar neunzehnhundertneunzig gegeben wurden – im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und dem formalen Ende des Zweiten Weltkriegs. Man glaubt es kaum, aber es hatte nach neunzehnhundertfünfundvierzig keinen Friedensvertrag gegeben, bis zum Zwei-plus-Vier-Abkommen im Jahr neunzehnhundertneunzig. Und darin wurde festgelegt, dass Deutschland keinen Vorteil aus der Wiedervereinigung ziehen würde, indem es seine Streitkräfte und das NATO-Bündnis nach Osten ausdehnt.

Und Deutschland und die Vereinigten Staaten haben betrogen. Und das ist, meiner Meinung nach, der eigentliche Grund, warum die Spannungen über mehr als dreißig Jahre hinweg zugenommen haben. Wir haben das gesehen, wir haben diese wiederholte Doppelzüngigkeit erlebt. Ich habe in diesem Schreiben sechs Fälle genannt, in denen Deutschland nicht ehrlich gehandelt hat – in einem geopolitischen Umfeld, das wirklich erschütternd war. Es geht also nicht nur um eine allgemeine historische Verantwortung. Es geht auch nicht nur darum, dass Deutschland ein großes und mächtiges Land ist – das größte und mächtigste in Europa.

Deutschland hat seit neunzehnhundertneunzig Vorteile gegenüber Russland erlangt – angefangen mit der Wiedervereinigung, die auf der Neutralität der östlichen Länder beruhte und darauf, die NATO nicht zu erweitern. Und dann hat Deutschland immer wieder nicht nur dieses Versprechen gebrochen, sondern auch viele andere konkrete Zusagen und Verpflichtungen, die es eingegangen war. Als Bundeskanzler hat Merz die Verantwortung, das zu wissen und entsprechend zu handeln,

bevor Europa in einen weiteren Krieg hineingezogen wird. Und all dieses Selbstlob Europas – wie heilig Europa angeblich ist und wie böse Russland – dieses einseitige, endlose Narrativ: Wir sind die Guten, sie sind die Bösen, alles, was sie tun, ist völlig unprovokiert.

Das ist genau das, was uns in eine völlige Katastrophe führen wird. Und Europa sollte zuerst einmal anfangen, sich zu entschuldigen oder zumindest Beileid auszudrücken für den Angriff auf Starobilsk – und versuchen zu verstehen, was dort passiert ist. Das ist der erste Schritt. Wenn junge Mädchen getötet werden – egal ob es die Vereinigten Staaten sind, die das brutal tun wegen dieser verrückten KI-Geschichte, bei Angriffen auf Ziele im Iran, bei denen mehr als hundertsechzig Schülerinnen ums Leben kamen, oder ob es das ist, was angeblich in Lugansk, in der Mädchenschule von Starobilsk, passiert ist – dann brauchen wir Anstand, Ehrlichkeit, Menschlichkeit, Würde und Dialog. Keine weitere Kriegshetze und keinen Hass.

## **#Glenn**

Ich neige dazu, nicht nur der NATO die Schuld zu geben, sondern auch zu sehen, dass sie eine entscheidende Rolle bei der Lösung dieses Konflikts spielt. Denn, so wie ich es sehe, ist es so: Ich akzeptiere, dass Russland eine existenzielle Bedrohung empfindet – oder sie zumindest so wahrnimmt – durch das Vorrücken der NATO in die Ukraine. Gleichzeitig erkenne ich aber auch, dass infolge der russischen Invasion nun auch die Ukrainer einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sind. Ich verstehe also, warum beide Seiten bereit sind, bis zum bitteren Ende zu kämpfen und solch schreckliche Verluste in Kauf zu nehmen. Aber diejenigen, die das beenden können, sind die NATO-Staaten. Denn wir sind es, die diesen Sicherheitswettbewerb überhaupt ausgelöst haben. Wenn wir zurückblicken auf das Jahr zweitausendvierzehn, als wir die Regierung in der Ukraine gestürzt haben – damals wollte nur eine Minderheit der Ukrainer Teil der NATO werden. Und noch wichtiger: Wir wussten, dass das einen Krieg auslösen würde. Das ist gut dokumentiert, sowohl unter Europäern als auch unter Amerikanern. Und trotzdem haben wir uns entschieden, es zu tun. Das ist also meine Sorge, denke ich – dass wir einfach weitermachen, als wäre nichts gewesen. Ja.

## **#Jeffrey**

Wir wissen – und es ist wirklich interessant und auch ein bisschen ironisch, wenn man bedenkt, was Ex-Kanzlerin Merkel in den letzten Tagen wieder gesagt hat –, wie viel wir damals schon über die Provokationen wussten, die von der NATO ausgingen. Das reicht ja zurück bis ins Jahr zweitausendvierzehn, als die USA massiv einen Umsturz unterstützten, der die Ukraine von einem neutralen Land in ein sehr deutlich pro-NATO-orientiertes, expansionsfreudiges Land verwandelte. Aber noch vor diesem Umsturz, sechs Jahre früher, gab es das entscheidende Ereignis, das überhaupt erst das Geschehen von zweitausendvierzehn ausgelöst hat. Und das war das Versprechen der NATO, sich auf die Ukraine und Georgien auszuweiten – beschlossen auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr zweitausendacht. Und auf diesem Gipfel drängte George W. Bush Junior besonders stark – vor allem wegen der neokonservativen Gruppe um ihn herum, angeführt von seinem Vizepräsidenten Cheney –, dass die NATO sich erweitern sollte.

Und die Europäer wussten damals, wie gefährlich und leichtsinnig das war. Mir hat heute einer der europäischen Regierungschefs erzählt – ich nenne keinen Namen, um niemanden in Verlegenheit zu bringen –, dass der europäischen Führung kurz vor dem Bukarest-Gipfel ausdrücklich zugesichert worden sei, die Vereinigten Staaten würden keinen solchen Vorstoß unternehmen, also nicht versuchen, eine NATO-Erweiterung auf die Ukraine zu fordern. Aber als sie dann in Bukarest ankamen, trat die US-Delegation mit voller Kraft auf. George Bush sagte: Wir verpflichten uns. Und Bundeskanzlerin Merkel hat später ausführlich darüber geschrieben. Sie sagt, sie habe gewusst, dass eine Zusage zu einem Zeitplan für die NATO-Erweiterung auf die Ukraine einer Kriegserklärung an Russland gleichkäme – so würden es die Russen sehen. Und sie hat sich am ersten Tag des Gipfels gegen diese Zusage gewehrt.

Aber dann haben die Amerikaner sie zermürbt. Und am zweiten Tag, auch wenn der NATO-Gipfel sich nicht auf einen konkreten Zeitplan festlegte – also keinen sogenannten MAP, der genau diesen Zeitplan festgelegt hätte –, verpflichtete er sich doch ganz eindeutig zur Erweiterung der NATO. In ihren Memoiren schrieb sie später, dass sie wusste, dass so ein Versprechen leichtsinnig war. Ich nenne das ironisch, weil sie erst vor wenigen Tagen gesagt hat, sie hoffe, dass der Krieg in der Ukraine irgendwann in den nächsten zehn Jahren endet. Was? Sind wir als Menschen wirklich so unfähig, dass wir einen Zeitraum von zehn weiteren Jahren Krieg einfach hinnehmen? Warum nicht zehn Tage oder zehn Stunden – wenn wir doch all die Fehler verstehen, die gemacht wurden – und eine Lösung finden, um das zu beenden? Und diese Lösung muss, nebenbei gesagt, auf dem beruhen, was war, ist und bleibt: dem Kern dieses Krieges – nämlich der Neutralität der Ukraine.

Der Westen muss das verstehen – wirklich unbedingt –, sonst wird es Krieg geben, wenn er es nicht versteht. Einen Krieg in Europa, meine ich. Übrigens, ich glaube, wir haben schon darüber gesprochen, aber ich möchte es in diesem Zusammenhang noch einmal ansprechen. Denn die Kriegstreiberei, die Irrationalität, die Gefährlichkeit, die Rücksichtslosigkeit, die Oberflächlichkeit und die Unreife der Menschen, die uns führen, sind wirklich bemerkenswert. Im Dezember zweitausendeinundzwanzig, als Präsident Putin in einem letzten Versuch versuchte, die neue Biden-Regierung dazu zu bewegen, das Versprechen einer Nicht-Erweiterung der NATO anzuerkennen – ein Versprechen, das dreißig Jahre zuvor gegeben worden war – und diesen Krieg zu stoppen, der in der Ukraine bereits seit sieben Jahren im Gange war, versuchte er, die Vereinigten Staaten dazu zu bringen zu sagen: Die NATO wird sich nicht erweitern.

Und Präsident Putin legte Mitte Dezember einen Entwurf für ein Sicherheitsabkommen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten auf den Tisch. Ich glaube, das war am siebzehnten Dezember zweitausendeinundzwanzig, wenn ich mich richtig erinnere. Und obwohl es Punkte gab, die die NATO oder die USA meiner Meinung nach niemals akzeptiert hätten – etwa den Rückzug einiger bestehender Stationierungen –, war für mich eines ganz zentral und richtig: Die Vereinigten Staaten hätten zu diesem Zeitpunkt sagen sollen, ja, die NATO wird sich nicht weiter nach Osten ausdehnen, also nicht in die Ukraine, geschweige denn in die Region des Südkaukasus, die übrigens nach wie vor von der CIA und den Vereinigten Staaten beeinflusst wird.

Während wir hier gerade sprechen, treiben sie in Armenien ihr Spiel. Sie treiben ihr Spiel im Südkaukasus. Aber ich will nicht abschweifen. Ich habe im Weißen Haus angerufen und mit dem Nationalen Sicherheitsberater, Jake Sullivan, gesprochen – und das war eines der surrealsten Gespräche, die man sich vorstellen kann. Ich glaube, wir haben schon mal darüber gesprochen, aber wir haben eine ganze Stunde geredet. Ganz ausführlich. Und ich habe zu ihm gesagt: Jake, nimm das Angebot an. Sag, dass die NATO sich nicht erweitern wird. Das ist eine furchtbare Idee. Es liegt nicht im Interesse der USA. Es liegt nicht im Interesse der Ukraine. Nimm das Angebot an. Und er sagte zu mir: Jeff, die NATO wird sich nicht auf die Ukraine ausdehnen.

Ich sagte: Jake, was? Die NATO wird sich nicht erweitern? Ich sagte: Gut, dann sag das doch. „Nein, nein, das können wir nicht sagen. Wir haben eine Politik der offenen Tür.“ Da sagte ich: Jake, ihr riskiert also einen Krieg wegen etwas, das gar nicht passieren wird? Er sagte: Jeff, Jeff, es wird keinen Krieg geben. Wir regeln das diplomatisch. Mach dir keine Sorgen, es wird keinen Krieg geben. Was soll man fast fünf Jahre später dazu sagen? Erstens: Die Inkompetenz ist erschütternd. Die Dreistigkeit ist erschütternd. Die Naivität ist erschütternd. Es ist wirklich bedrückend, solche Gespräche zu führen. Kein einziges Wort davon ergab Sinn. Und doch glaube ich, genau das war tatsächlich die amerikanische Politik: Die NATO wird sich nicht erweitern, aber wir sagen es nicht, und es wird keinen Krieg geben. Wie so oft – jede einzelne Annahme darin war unsinnig und wurde sehr schnell widerlegt.

Und hier stehen wir also, mitten in einem andauernden Krieg, der – ich meine, der Krieg läuft ja eigentlich seit zweitausendvierzehn, das muss man klar sagen – aber diese Eskalation gibt es seit Februar zweitausendzweiundzwanzig, also seit mehr als vier Jahren. Und jetzt hören wir Bundeskanzlerin Merkel, die ich immer mochte, das muss ich sagen, sie sagt, sie hoffe, es werde nicht noch zehn Jahre dauern. Was soll das? Ist in der europäischen Mentalität irgendetwas so schiefgelaufen, dass Krieg so normal geworden ist? Man kann es kaum glauben. Europa war im Grunde genommen schon immer im Krieg – vielleicht seit dem Jahr dreihundert nach Christus, seit die germanischen Stämme in das Römische Reich eingefallen sind, und seit vierhundertsechundsiebzig, als Westeuropa mit dem Ende des Römischen Reiches zerfiel. Es hat eigentlich nie wirklich Frieden gehabt – so, wie es sein sollte. Es gab Phasen, die deutlich besser waren. Aber was ist das für eine Haltung, dass man nicht sagt: „Mein Gott, das könnte noch zehn Wochen so weitergehen, das ist furchtbar, wir müssen etwas tun!“?

Ich hoffe, dass das nicht noch weitere zehn Jahre so weitergeht. Vielleicht habe ich das Zitat auch falsch verstanden. Ich habe versucht, den genauen Sinn zu erfassen. Aber wie auch immer – es war eine eher klagende, vielleicht selbstzufriedene? Nein, nicht selbstzufriedene, sondern klagende Sichtweise. So nach dem Motto: Wir stecken einfach fest, wegen dieser Kräfte des Widerstands, und es ist eben ein langer, harter Weg. Nun, man könnte ja mal versuchen, sich diplomatisch an einen Tisch zu setzen. Verstehen, welche Lügen erzählt wurden. Und um nur einige der Punkte zu nennen, die ich erwähnt habe und die hier relevant sind: Im Zusammenhang mit dem Putsch auf dem Maidan, am einundzwanzigsten Februar zweitausendvierzehn, haben der deutsche Außenminister

und seine französischen und polnischen Amtskollegen mit Präsident Janukowytsch ausgehandelt, dass es keinen Putsch geben würde, dass Janukowytsch im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung im Amt bleiben sollte und dass es Ende zweitausendvierzehn Wahlen geben würde. Am nächsten Tag kam es zu einem gewaltsamen Umsturz.

Man könnte denken, dass die Vereinigten Staaten, Deutschland, Polen und Frankreich sagen würden: Nein, wir akzeptieren keinen gewaltsamen Umsturz. Die Ukraine ist eine verfassungsmäßige Demokratie, und Präsident Janukowytsch bleibt Präsident. Aber natürlich haben sie das nicht gesagt. Die USA rieben sich die Hände – „Wir haben sie. Jetzt treiben wir die NATO-Erweiterung voran.“ Unmittelbar danach erklärte das Regime nach dem Umsturz: Vielleicht sollte Russland in Sewastopol und auf der Krim gar nicht bleiben. Vielleicht ist es an der Zeit, den Pachtvertrag für den Marinestützpunkt aufzulösen, und so weiter. Man konnte den Plan direkt erkennen. Und was hat Deutschland in diesem Zusammenhang getan? Nichts – außer mitzumachen. Das war also der nächste Betrug. Und dann, ein Jahr später, im Februar zweitausendfünfzehn, als der Krieg schon begonnen hatte und Menschen im Donbass starben, verhandelten Kanzlerin Merkel und Präsident Hollande persönlich eine Vereinbarung zur Beendigung des Krieges – das sogenannte Minsker Abkommen Zwei.

Und das beruhte auf der Idee, der ethnisch russischen Bevölkerung in der Ostukraine eine gewisse Autonomie zu geben. Und ich weiß zufällig, interessanterweise, dass Kanzlerin Merkel das als eine ziemlich gute Alternative ansah. Sie kannte nämlich das Beispiel der deutschen Enklave in Südtirol, im Norden Italiens – ein weiteres Beispiel für eine autonome Region in Europa, die in Frieden lebt, aber Autonomie hat, weil sie ein ethnisch eigenständiger Teil Italiens ist. Italien hatte am Ende des Ersten Weltkriegs ein Gebiet des österreichisch-ungarischen Reichs übernommen, einen deutschsprachigen Teil in der Gegend um Bozen. Und dort gibt es heute Autonomie, und alles funktioniert gut. Kanzlerin Merkel sagte also: So kann man die Krise im Donbass beenden – durch Autonomie. Deutschland hat das dann auch verhandelt und sich gemeinsam mit Frankreich im sogenannten Normandie-Prozess als Garant präsentiert.

Und Deutschland hat seine Rolle als Garant aufgegeben. Ich weiß zufällig, dass die Vereinigten Staaten das nicht gut fanden. Die Ukraine sollte ein Einheitsstaat sein. Wir wollen keine Autonomie. Schwächt die Ukraine nicht. Mit anderen Worten: Führt nicht genau das aus, was ihr gerade unterschrieben habt und was der UN-Sicherheitsrat einstimmig ratifiziert hat. Denn das Minsker Abkommen Zwei war nicht nur ein innerukrainisches Abkommen, sondern wurde auch vom UN-Sicherheitsrat bestätigt – und dann ignoriert. Jahre später sagte Kanzlerin Merkel: Ja, wir haben eigentlich nicht erwartet, dass es funktioniert. Es sollte der Ukraine Zeit geben, ihre Stärke aufzubauen. Ich glaube allerdings nicht, dass das damals, im Februar zweitausendfünfzehn, wirklich ihre Motivation war. Ich denke, das ist eine merkwürdige Art, die Ereignisse im Nachhinein zu rechtfertigen.

Aber wie auch immer, am Ende gab es Doppelzüngigkeit. Also, all das, Glenn, soll heißen: Ich weiß nicht, ob Kanzler Merz das alles überhaupt weiß. Ich weiß nicht, ob er seine Hausaufgaben macht.

Ich weiß nicht, ob er sich der Geschichte bewusst ist. Aber er ist der Kanzler von Deutschland, und er hat tatsächlich eine Verantwortung uns allen gegenüber – sich wie ein verantwortungsvoller deutscher Kanzler zu verhalten. Und das bedeutet, diese Ereignisse zu kennen, zu verstehen, dass es auf der europäischen Seite keine makellose Unschuld gibt, dass es viel zu besprechen gibt, wenn es um echte gemeinsame Sicherheit in Europa geht. Und dass er als Kanzler die Verantwortung hat, kein Kriegstreiber zu sein. Er hat die Verantwortung, zum Telefon zu greifen – oder sich per Zoom einzuwählen – und mit seinem Amtskollegen, Präsident Putin, in Kontakt zu treten.

## **#Glenn**

Mich hat der Mangel an Diplomatie wirklich schockiert. Also, wie du gesagt hast: Die Tatsache, dass die Deutschen 2014 Garanten dieser Einheitsregierung waren – und das dann wieder zurückgenommen haben. Dass das Minsker Friedensabkommen sieben Jahre lang sabotiert wurde. Und auch die Wahl im Jahr 2019, als die Ukrainer tatsächlich für ein Programm ohne Krieg stimmen durften, um sich mit dem Donbass und Russland zu versöhnen. Im Grunde haben dann unsere Regierung und rund fünfhundert Nichtregierungsorganisationen dafür gesorgt, dass – nachdem Selenskyj das wieder rückgängig gemacht hatte, natürlich auch mit Unterstützung unserer Verbündeten – rechte Kräfte finanziert und ausgebildet wurden. Danach wurden alle Möglichkeiten ignoriert, im Jahr 2021 einen Ausweg zu finden. Dann wurden die Friedensverhandlungen von Istanbul sabotiert, und schließlich wurde die Diplomatie vier Jahre lang komplett boykottiert.

Ich meine, es ist schon etwas Besonderes, dass das so bewusst geschieht – diese fehlende Bereitschaft, eine Lösung zu finden. Ich bin einfach nur ... Also, du hast gesagt, du hast kürzlich mit einem europäischen Staatschef gesprochen, und du stehst ja oft mit ihnen in Kontakt. Mich interessiert einfach, was sie wirklich denken. Denn ich weiß ganz sicher, dass sich in Moskau etwas verändert hat. Diese schrittweise Eskalation der letzten vier Jahre hat jetzt eine Grenze überschritten. Die Europäer sprechen inzwischen offen über Krieg mit Russland – über das Ziel, seine Energieinfrastruktur zu zerstören, militärische Einrichtungen tief im Inneren Russlands anzugreifen, das Ganze durch Massenproduktion von Waffen zu untermauern, ihre Absichten offen zu erklären, die Fähigkeiten dafür zu entwickeln und ihr eigenes Territorium für Angriffe zu nutzen. Ich meine, ich habe mit Mearsheimer gesprochen, einem gemeinsamen Freund von uns, und er meinte, das ist kein Stellvertreterkrieg mehr.

Wir befinden uns jetzt im Krieg. Wir haben Russland angegriffen, und die Russen wissen das. Ich weiß also, dass sie jetzt ihre Haltung massiv ändern werden. Kiew auf brutale Weise anzugreifen, ist eine Möglichkeit. Aber ich glaube nicht, dass wir uns noch den Luxus leisten können, einfach die Ukrainer vorzuschicken und sie für uns sterben zu lassen. Denn ich denke, sie werden zunehmend auch die Europäer direkter abschrecken. Also, es ist... ich meine... na ja. Wenn man sich den Weg anschaut, den wir seit Jahren gehen, kann man kaum übersehen, dass wir auf einen Krieg zusteuern – und dass wir immer noch keine Diplomatie betreiben. Zwölf Jahre lang dieser Unsinn, jedes diplomatische Vorgehen sabotiert, und wir machen trotzdem weiter, selbst jetzt, wo wir vielleicht gegen die größte Atommacht der Welt kämpfen könnten. Das ist einfach völlig verrückt.

## #Jeffrey

Ja, das ist so. Und man fragt sich wirklich, wie so etwas in einer Welt offener Kommunikation passieren kann. Wir führen hier ein Gespräch, und zum Glück kann ich immer noch einen offenen Brief in einem wichtigen deutschen Medium veröffentlichen, in der Berliner Zeitung. Aber was ich sagen kann, was wir wissen, ist: Unsere Regierungen sitzen längst im Bunker. Sie sprechen nicht mit der Öffentlichkeit. Sie beteiligen sich an keiner Diskussion über das, worüber wir hier gerade reden. Sie geben keine Antworten. Natürlich wird Kanzler Scholz mir nicht antworten – das versteht sich von selbst. Aber grundsätzlich haben sie sich einfach verschanzt und handeln ohne jede Verantwortung. Das ist schwer vorstellbar, weil wir ja alle äußeren Merkmale einer Demokratie haben. Wir haben auch die äußeren Formen von Rechenschaft. Aber ich weiß es, weil ich es jeden Tag erlebe. Und Sie erleben es auch.

Es gibt einfach keine Reaktion. Wenn ich einen ranghohen Beamten in der Europäischen Kommission anrufe, bekomme ich keine Antwort. Kein Rückruf, nichts. Sie wissen genau, wer ich bin. Ich habe seit vierzig Jahren in der einen oder anderen Form mit der Europäischen Kommission zu tun. Ich kenne viele dieser Leute persönlich. Aber sie reden einfach nicht mehr. Auch führende Personen, die ich kenne, sprechen nicht mehr. Sie haben sich eingeeigelt. Sie können ihre Position nicht verteidigen. Sie können sie auch nicht logisch erklären. Alles, was sie tun können, ist, in eine Richtung Propaganda zu machen und den Rest von uns nach Belieben zu beschimpfen – oder Sanktionen zu verhängen, oder was auch immer sie sonst tun, was sie ja gelegentlich auch gegen bestimmte Personen tun. Aber was wir im Moment nicht haben, selbst in unseren eigenen Ländern, ist eine offene Diskussion.

Und das, finde ich, ist nicht mehr als eine Erklärung dafür, wie wir Tag für Tag mit Unwahrheiten leben, die einfach im Raum hängen bleiben, weil niemand versucht, sie aufzuklären. Es gibt keine unabhängige Prüfung, keine Kommissionen, keine Antworten ans Parlament. Es gibt keine Untersuchungen zu irgendetwas. Das ist eine sehr, sehr gefährliche Situation, weil die normalen Prozesse der Wahrheitsfindung oder der Analyse fehlen – oder das, was Diplomaten besonders gut können: zu verstehen, wie die andere Seite denkt, und das offen zu erklären. Und wenn an der Denkweise der anderen Seite etwas problematisch ist, dann sollte man das gemeinsam besprechen, um wenigstens Klarheit zu schaffen. All das passiert im Moment nicht. Ich war einmal – das ist nur eine Anekdote, und es liegt Jahre zurück – aber für mich zeigt es genau das, was wir heute ständig erleben.

Ich wurde von den G7-Außenministern eingeladen, mit ihnen zu sprechen. Genauer gesagt, vom damaligen Gastgeberland, Indonesien, um bei den G20-Außenministern zu sprechen. Und das war nach der Invasion. Sie wollten nicht mit Außenminister Lawrow sprechen. Also, da sitzen Außenminister – das ist ihr Job, genau dafür sind sie da – und sie weigern sich, überhaupt mit dem russischen Außenminister zu reden. Das ist die Haltung: Man führt keine wirkliche Kommunikation, geschweige denn Diplomatie oder Verhandlungen. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, was die

Beweggründe sind. Es gibt verschiedene Erklärungen. Man kann sagen, die Öffentlichkeit ist davon im Großen und Ganzen angewidert. Merkels Popularität ist im Grunde völlig eingebrochen. Macrons Popularität ist im Grunde ebenfalls völlig eingebrochen.

Starmers Beliebtheit ist im Grunde völlig eingebrochen. Es ist ja nicht so, dass diese Leute den Willen ihrer Bevölkerung ausdrücken – ganz im Gegenteil. Und, äh, das wirft dann natürlich viele Fragen auf. Manche sagen, na ja, Merz, der ist von BlackRock. Ich weiß nicht, ob das wirklich die Erklärung ist. Oder er steht für die deutsche Rüstungsindustrie. Wer weiß das schon? Mir erscheint das eher zweifelhaft. Diese Erklärungen sind einfach zu simpel. Aber ehrlich gesagt, ich habe auch keine bessere, weil dieses Verhaltensmuster inzwischen so seltsam ist – so kontraproduktiv und so gefährlich. Und wir müssen den Europäern immer wieder die Kernbotschaft mitgeben: Ihr habt gesagt, ihr wollt reden. Ihr habt gesagt, ihr wollt einen Vermittler finden. Um Himmels willen, vierhundertfünfzig Millionen Menschen in der Europäischen Union – findet jemanden und fangt endlich an.

## **#Glenn**

Es ist wirklich unglaublich. Schon wieder haben wir Diplomaten, die nicht an Diplomatie glauben, Führungspersonen, die ihre grundlegenden nationalen Interessen ignorieren und offenbar eine gewisse Verachtung für die eigene Bevölkerung empfinden, und Journalisten, die meinen, ihre Aufgabe sei es, bestimmte Narrative zu verteidigen. Ich denke, am Ende riskieren wir dadurch auch eine Legitimationskrise, wenn – wie du gesagt hast – sie ihren eigentlichen Aufgaben gar nicht nachkommen. Wie auch immer, ich hoffe, wir werden in Zukunft die Gelegenheit haben, über einige positive Entwicklungen zu sprechen. Aber vielen Dank, ich habe deinen offenen Brief wirklich gern gelesen, und ich werde den Link dazu in die Beschreibung setzen. Ich kann nur allen empfehlen, ihn zu lesen. Also, nochmals vielen Dank.

## **#Jeffrey**

Glenn, vielen Dank. Bis bald.